

*Detlef Siegfried*

## **Westeuropäische Reaktionen auf das Apartheid-System in Südafrika. Eine Skizze**

Die in Südafrika seit 1948 vorgenommene Klassifikation der Bevölkerung und die nachfolgende räumliche Segregation nach dem Kriterium der „Rasse“ hat eine Nachgeschichte, die nicht nur am Fortbestand von Siedlungsstrukturen festzumachen ist. Wieder einmal ging es bei den Debatten vor und während der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika von 2010 um die Frage, inwieweit das seit den freien Wahlen von 1994 „schwarz“ regierte und im Inneren vermeintlich instabile Land die Rolle des Gastgebers für das internationale Spitzenturnier würde übernehmen können.<sup>1</sup> Auch die Verwendung des Begriffs „Apartheid“ nach dem Ende der Apartheid in Südafrika, als Bezeichnung für andere Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung – etwa in der Migrations-, Minderheiten- oder Geschlechterpolitik –, verweist auf die anhaltende semantische Kraft dieses Paradigmas.<sup>2</sup> Im Zuge der Aufarbeitung der Verbrechen in Südafrika wurden international agierende Unternehmen wie Daimler-Benz, General Motors, IBM Rheinmetall und die Barclays Bank, die dem Apartheid-Regime Kredite gewährt oder Produkte geliefert hatten – unter anderem für die Ausstattung der Polizei –, von

---

<sup>1</sup> Scarlett Cornelissen, Fußball-WM 2010: Herausforderungen und Hoffnungen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1 (2010), S. 12–18. Der vorliegende Text ist die leicht überarbeitete Version eines Beitrags aus: Martin Sabrow (Hg.), *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2010*, Göttingen 2011, S. 187–201.

<sup>2</sup> Als Beispiele für semantische Übertragungen ohne Bezug zu Südafrika vgl. Anthony H. Richmond, *Global Apartheid: Refugees, Racism and the New World Order*, Toronto 1995; George Hicks, *Japan's Hidden Apartheid: The Korean Minority and the Japanese*, Aldershot 1997.

Apartheid-Opfern in den USA verklagt.<sup>3</sup> Bei einem Teil von ihnen sind die Verfahren noch anhängig, und ihr Ausgang gilt als Präzedenzfall für die rechtliche Bewertung des Umgangs multinationaler Konzerne mit diktatorischen Regimes.

Im Zuge einer Europäisierung und Globalisierung des kollektiven Gedächtnisses ist das Verhalten europäischer Gesellschaften zur Apartheid zu einem Teil nationaler und transnationaler Erinnerungskultur geworden.<sup>4</sup> Von 1994 bis 2001 sind im Rahmen des Forschungsprojekts „*National Liberation in Southern Africa: The Role of the Nordic Countries*“ am Nordic Africa Institute in Uppsala Untersuchungen zu Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark angefertigt worden. Parlament und Bundesrat der Schweiz haben 2000 eine umfassende Untersuchung zur Zusammenarbeit des Landes mit dem Apartheid-Regime in Auftrag gegeben, die zwischen 2001 und 2003 in zehn Teilprojekten umgesetzt wurde, 2005 erschien der Schlussbericht.<sup>5</sup> Dabei differiert die Intensität der Auseinandersetzung erheblich; den nationalen Rahmen übersteigende, gesamteuropäische Studien zu den westeuropäischen Reaktionen auf das Apartheid-Regime, die Vergleich und Transfer in den Mittelpunkt stellen, sind noch nicht systematisch angegangen worden.<sup>6</sup>

Nur wenige europäische Staaten, Parteien oder Institutionen unterstützten offen die Rassentrennung. Nach den „ethnischen Säuberungen“ der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der Vernich-

---

<sup>3</sup> Vgl. etwa Hauke Goos, Der Schatten des Büffel, in: Der Spiegel, 23 (2010), S. 50–56 sowie die Kampagne der Koordination südliches Afrika e.V., [<http://www.kosa.org>].

<sup>4</sup> Vgl. Andreas Eckert, Der Kolonialismus im europäischen Gedächtnis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 58 (2008), 1/2, S. 31–38; Aleida Assmann / Sebastian Conrad (Hg.), Memory in a Global Age: Discourses, Practices and Trajectories, Basingstoke 2010.

<sup>5</sup> Georg Kreis, Die Schweiz und Südafrika 1948–1994. Schlussbericht des im Auftrag des Bundesrats durchgeführten NFP 42+, Bern u. a. 2005.

<sup>6</sup> Dies versucht nun ein deutsch-dänisches Kooperationsprojekt, das sich in der Antragsphase befindet und von Axel Schildt, Stefanie Schüler-Springorum, Michael Wildt sowie vom Verfasser geleitet wird. Vorliegender Text, der auf einem Vortrag am Zentrum für Zeithistorische Forschung vom Sommer 2010 beruht, ist im Kontext der vorbereitenden Arbeiten entstanden.

tung der europäischen Juden durch das NS-Regime stieß die Etablierung eines hierarchisch strukturierten Systems der In- und Exklusion nach dem Kriterium der Rasse auf immer weniger Akzeptanz – insbesondere als sich die westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften zunehmend auf die Menschenrechte beriefen. In den Mittelpunkt rückte daher die Frage, wie und in welchem Maße demokratische Gesellschaften sich für die Abschaffung der Apartheid einsetzen sollten. Am stärksten wurde darum gestritten, ob Südafrika auf allen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ebenen zu boykottieren sei. So wurde die europäische Debatte über die Apartheid mehr und mehr zu einer „Debatte über die Anti-Apartheid“ – also über die Methoden, mit denen der Apartheid zu begegnen sei.<sup>7</sup> Die Antworten der westeuropäischen Länder auf diese Debatte waren sehr verschieden – entsprechend ihrer historischen Verbindungen zu Südafrika, kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen, ihrer Selbstwahrnehmungen und ihrer Empfindlichkeit gegenüber innerem und äußerem Druck. Ein erster grober Eindruck deutet etwa darauf hin, dass die skandinavischen Länder frühzeitig Südafrika boykottierten und sich auf internationaler Ebene für harte Sanktionen einsetzten, während die Bundesrepublik und die Schweiz viele dieser Forderungen zurückwiesen und die Zusammenarbeit bis zum Ende des Apartheid-Regimes fortsetzten. Eine genauere Betrachtung dieser disparaten Reaktionen kann Aufschluss über Ähnlichkeiten und Unterschiede der europäischen Gesellschaften auf dem Weg zu einer globalen Zivilgesellschaft geben.

## 1. Westeuropäische Reaktionen auf die Apartheid. Ein Rahmen

Rassistische Segregation als eine Methode des *social engineering* hat eine lange Geschichte in vielen Teilen der Welt. Sie gehört zur „dunklen Seite der Moderne“ (Zygmunt Bauman), aber als institu-

---

<sup>7</sup> Håkan Thörn, *Anti-Apartheid and the Emergence of a Global Civil Society*, Basingstoke / New York 2006, S. 23.

tionalisiertes Machtverhältnis hat sie am längsten in Südafrika bestanden. Angesichts der Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch weil Apartheid in einem offensichtlichen Widerspruch zu den grundlegenden Menschenrechten stand, wurde sie in westlichen Ländern, die sich selbst als aufgeklärt betrachteten, zunehmend kritisiert. Andererseits verhinderte der eskalierende Kalte Krieg in den westeuropäischen Ländern eine konsistente Anti-Apartheid-Politik, denn Südafrika gehörte zum westlichen Lager, während der ANC als wichtigste Befreiungsbewegung ein enger Verbündeter der South African Communist Party war und von der Sowjetunion und ihren Alliierten unterstützt wurde. So erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer 1958 in seinem Grußwort zum Erscheinen der ersten Überseeausgabe der Wochenzeitung *Die Zeit*, die bezeichnenderweise in Südafrika erschien: „Möge die südafrikanische Ausgabe der *Zeit* dazu beitragen, den abendländischen, alle Völker des Westens verbindenden Geist zu pflegen und zu kräftigen. Denn ohne ihn werden wir den Wettkampf mit dem östlichen Bolschewismus niemals gewinnen können.“<sup>8</sup>

Die Wahrnehmung Südafrikas als Bollwerk gegen den Kommunismus in Afrika wurde erschüttert, als Mitte der 1980er Jahre die Konfrontation zwischen den Blöcken erodierte und der Druck im Inneren des Landes stieg. Doch ein sehr wichtiger Faktor für den Zusammenbruch des Apartheidsystems seit 1990, als William de Klerk mit der Freilassung Nelson Mandelas und der Legalisierung von Anti-Apartheid-Organisationen den Reformprozess anstieß, war die Tatsache, dass die europäische Öffentlichkeit insbesondere im Laufe der 1980er Jahre immer vehementer protestierte. Während wirtschaftliche Kriterien für eine Zusammenarbeit mit Südafrika noch in den 1970er Jahren eine zentrale Rolle spielten, wurde politisches und wirtschaftliches Handeln in den 1980er Jahren immer stärker nach ethischen Kriterien bewertet.

---

<sup>8</sup> Zit. n. Albrecht Hagemann, Bonn und die Apartheid in Südafrika. Eine Denkschrift des Deutschen Botschafters Rudolf Holzhausen aus dem Jahre 1954, in: VfZ, 43 (1995), 4, S. 679–706, hier S. 682.

Diese zunehmend kritische Haltung und die Bereitschaft, ihr auch Handlungen folgen zu lassen, kann als Teilelement einer „reflexiven Moderne“ (Ulrich Beck) gelten, die unter Begriffen wie „post-industrielle“ oder „postmoderne“ Gesellschaft, „zweite Moderne“ und so weiter gefasst worden ist.<sup>9</sup> Eines ihrer wichtigsten Merkmale bestand darin, dass grundlegende Entwicklungszüge der modernen Gesellschaft selbst in Frage gestellt wurden, wie etwa an den Debatten um Umweltverschmutzung, Hochrüstung oder Ungleichheit im Geschlechterverhältnis zu beobachten ist. Ulrich Beck zufolge war die „zweite Moderne“ insofern „reflexiv“, als sie selbstkritisch war, was insbesondere durch neue soziale Bewegungen wie die Umweltschutz-, Friedens- und Frauenbewegungen zum Ausdruck kam. Gleichzeitig war die kritische Haltung gegenüber der Apartheid Teil eines gemeinsamen europäischen Versuchs, aus der NS-Vergangenheit Konsequenzen zu ziehen. Stets wurden die Diskussionen über die Apartheid von der Erinnerung an den eliminatorischen Rassismus des „Dritten Reichs“ beeinflusst. Dabei sind jeweils nationalspezifische Färbungen dieses Musters nicht zu übersehen, und sie veränderten sich im Laufe der Zeit. Während die westdeutsche Öffentlichkeit und Politik jeden Eindruck einer Fortführung rassenpolitischer Einstellungen oder Politiken zu vermeiden trachteten, führten andere Europäer auch hier als geschichtspolitisches Argument für eine konsequente Anti-Apartheid-Politik die Rassenpolitik des „Dritten Reiches“ an.

Ein weiteres Merkmal der politischen Kultur zwischen 1960 und 1990 ist die Erweiterung der repräsentativen Demokratie durch partizipatorische Elemente. In diesem Kontext spielten die sogenannten „Dritte-Welt“-Bewegungen eine wichtige Rolle. Entstanden im Kielwasser der Entkolonialisierung und zumeist euphorisiert durch revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika oder Afrika, bemühten sie sich um die Überwindung einer eurozentrischen Perspektive.

---

<sup>9</sup> Vgl. als historiographischen Problemaufriss: Anselm Döring-Manteuffel / Lutz Raphael (Hg.), *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

Sie waren Vorläufer der gegenwärtigen „*global justice movements*“ und „*world social forums*“. Ein Beispiel für das Konzept und die Praxis des transnationalen Aktivismus ist die Anti-Apartheid-Bewegung nicht zuletzt aufgrund ihrer engen Verbindungen zu den Vereinten Nationen mit ihrem *Special Committee Against Apartheid*, das oftmals an den Regierungen vorbei mit nationalen Anti-Apartheid-Bewegungen kooperierte.<sup>10</sup>

Die bisherige Forschung zu diesem Thema hat sich auf nationale Entwicklungen konzentriert, hauptsächlich auf Großbritannien und die nordischen Länder, neuerdings auf die Schweiz, während das hier zu skizzierende Projekt die europäisch vergleichende Dimension aus kulturgeschichtlicher Perspektive in den Blick nimmt und sich auf die Wahrnehmungen und Deutungen der Bürger richtet. Im Folgenden soll die am Beispiel der Reaktionen auf die Apartheid zu untersuchende übergeordnete Frage, wie sich westeuropäische Gesellschaften im Wandel zu einer „*global civil society*“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts positionierten, an drei exemplarischen Teilaspekten skizziert werden.

## 2. Wirtschaftskontakte und Unternehmenspolitik

Um 1970 erlebten die Anti-Apartheid-Bewegungen einen Aufschwung, nicht nur wegen des Zustroms aus der Studentenbewegung, die sich selbst in einen globalen Zusammenhang stellte. Die Kritik an der Apartheid nahm auch deshalb zu, weil „Selbstbestimmung“ und „Authentizität“ zentrale Elemente jener „Künstlerkritik“ waren, die um 1968 entstand (Luc Boltanski und Ève Chiapello sehen in ihr den Widerpart der älteren „Sozialkritik“, die die mächtigste der „alten“ sozialen Bewegungen, die Arbeiterbewegung, ar-

---

<sup>10</sup> United Nations (Hg.), *United Nations Special Committee against Apartheid, Twenty-Five Years of Commitment to the Elimination of Apartheid in South Africa*, New York 1988; United Nations (Hg.), *The United Nations and Apartheid*, New York 1996; Saul Dubow, Smuts, the United Nations and the Rhetoric of Race and Rights, in: *Journal of Contemporary History*, 43 (2008), 1, S. 45–75.

tikuliert hatte).<sup>11</sup> Die Betonung des qualitativen an Stelle des quantitativen Fortschritts war ebenfalls Teil des selbstreflexiven und selbstkritischen Charakters der „zweiten Moderne“ und trieb den Menschenrechtsdiskurs voran. Um die Verbesserung der Lebensqualität kreisend, beeinflusste die Forderung nach Selbstbestimmung und Authentizität öffentliche Diskurse und gesellschaftliche Entwicklungen seit den 1960er Jahren erheblich. Im Hinblick auf die „Dritte Welt“ verlief dieser Prozess parallel zu einem bedeutenden Paradigmenwechsel in der internationalen Arbeitsorganisation, die zu einem wachsenden Engagement der europäischen Wirtschaft in der südlichen Hemisphäre führte, auch in Südafrika.<sup>12</sup> Die westdeutsche Wirtschaft, die nach den USA und Großbritannien auf dem dritten Platz der südafrikanischen Handelspartner rangierte, begann in weiten Teilen ihr Engagement überhaupt erst in den frühen 1970er Jahren. 1987 hatten von den 606 multinationalen Unternehmen, die mit Direktinvestitionen und / oder Beschäftigten in Südafrika aktiv waren, 195 ihren Sitz in Großbritannien, 150 in den USA und 137 in der Bundesrepublik.<sup>13</sup> Am markantesten wuchsen die westdeutschen Investitionen zwischen 1970 und 1975 mit 113 Prozent (US-amerikanische und britische Investitionen stiegen ebenfalls, allerdings mit 62 Prozent und 87 Prozent deutlich weniger).<sup>14</sup> Die Spannung zwischen wirtschaftlichem Engagement auf einem umstrittenen Gebiet auf der einen und einem zunehmenden Diskurs über Selbstbestimmung und Authentizität, Menschenrechte und moralische Legitimität auf der anderen Seite war ein wichtiger Hintergrund für die zunehmende Skandalisierung europäischer

---

<sup>11</sup> Luc Boltanski / Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003, S. 211 ff.

<sup>12</sup> Folker Fröbel / Jürgen Heinrichs / Otto Kreye, *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek 1977.

<sup>13</sup> *International Defence and Aid Fund, Apartheid: The Facts*, London 1991, S. 93.

<sup>14</sup> Wolff Geisler / Gottfried Wellmer, *DM-Investitionen in Südafrika*, Bonn 1983, S. 12 f.

Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika, wie sie sich in massiven Protesten insbesondere nach dem Soweto-Aufstand von 1976 äußerte.

Die Verhaltensregeln der EU für die Unternehmenspolitik in Südafrika, gültig seit 1977, waren bis 1985 das einzige außenpolitische Instrument der Europäischen Union im Verhältnis zum Apartheidstaat. Sie forderten Anerkennung und freie Betätigung von Gewerkschaften, Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die Abschaffung der Rassentrennung in Unternehmen und die berufliche Förderung von Afrikanern.<sup>15</sup> Allerdings handelte es sich nicht um verbindliche Richtlinien, sondern um Empfehlungen, deren Einhaltung schwer zu überprüfen war. Ein Bericht der Bundesregierung über das Verhalten westdeutscher Unternehmen für die Jahre 1982 bis 1990 legt die Schlussfolgerung nahe, dass es nicht in erster Linie die EU-Verhaltensregeln waren, die die Unternehmen zu einer Kompromisspolitik veranlassten, sondern die Kombination aus wachsendem Protest der Weltöffentlichkeit gegen die 1985 von der südafrikanischen Regierung erlassenen und brutal administrierten Notstandsgesetze und dem wachsenden Widerstand im Lande selbst – insbesondere nach der Vereinigung einiger Gewerkschaften zum *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) im Dezember 1985. 1984 besaßen nur ein Drittel der in deutschen Unternehmen Beschäftigten frei gewählte Interessenvertretungen – sieben Jahre nach der Veröffentlichung der EU-Verhaltensregeln.<sup>16</sup> 1982 – fünf Jahre danach – gab es lediglich in einem Viertel der deutschen Unternehmen ein nicht-rassistisches Entlohnungssystem, 1987 – nach der Gründung von COSATU – waren es 66 Prozent, 1990 dann 89

---

<sup>15</sup> Anne Akeroyd / Franz Ansprenger / Reinhard Hermle / Christopher R. Hill, *European Business and South Africa: An Appraisal of the EU-Code of Conduct*, München 1981; Martin Holland, *Disinvestment, Sanctions and the European Community's Code of Conduct in South Africa*, in: *African Affairs*, 353 (1989), S. 529–547.

<sup>16</sup> Forschungs- und Aktionsberatungsgruppe des Vereins „Christen für Arbeit und Gerechtigkeit e.V.“, *Die deutsche Wirtschaft und Südafrika. Zur Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen*, Heidelberg 1986, S. 121.



Prozent.<sup>17</sup> Angesichts dieser Entwicklungen verwundert es nicht, dass Kritiker den EU-Verhaltenskodex als wenig wirkungsvolles Instrument zur Erreichung europäischer Standards betrachteten – also nicht-rassistischer, gleicher Arbeitsbedingungen zumindest in den *europäisch* geführten Unternehmen. Eher handelte es sich aus ihrer Sicht um ein Mittel zur Vermeidung von Sanktionen.<sup>18</sup> Ein Blick auf die Praktiken, der notwendig ist, weil die oben genannten Zahlen aus den Unternehmen selbst stammten, deprimiert noch mehr. Wie viele andere Arbeitgeber, die die im Arbeitsrecht des Apartheidstaates in den 1980er Jahre vorgesehenen sogenannten „*liaison committees*“ zuließen – sie bestanden jeweils zur Hälfte aus gewählten und vom Management ernannten Mitgliedern –, richtete auch die Firma Henkel solch ein Komitee von oben ein, um eine Vertretung der schwarzen Mitarbeiter zu verhindern. Die von der afrikanischen Belegschaft gewählten *shop stewards* wurden nicht akzeptiert. Die von Henkel gezahlten Löhne lagen 25 Prozent unter der vom EU-Code festgelegten Norm. Die Anti-Apartheid-Bewegung stieß auf viele ähnliche Fälle in deutschen Unternehmen, auch bei denjenigen, die oftmals als die „fortschrittlichsten“ angesehen wurden, und sie kam zu der Schlussfolgerung, die unternehmerische Praxis vor Ort beinhalte nichts, „worauf sie besonders stolz sein können“.<sup>19</sup> Eine genauere Untersuchung müsste herausarbeiten, wie europäische Wirtschaftsführer und andere Beschäftigte mit der Rassentrennung im Alltag umgingen. Wie wurden sie von ihren Firmen auf den Südafrika-Aufenthalt vorbereitet? Wie bewältigten sie den Spagat zwischen der ethischen Norm der Rassengleichheit und der Realität von Wirtschaftsinteressen in einer Gesellschaft der institutionalisierten Rassentrennung?

Tatsächlich lag der Politik der EU die Argumentationsfigur aller Sanktionsgegner zugrunde: Erstens würde sich die Lage der Unter-

---

<sup>17</sup> Claudius Wenzel, Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland 1982–1992. Politik gegen Apartheid?, Bonn 1993, S. 161 f.

<sup>18</sup> Geisler / Wellmer, DM-Investitionen (wie Anm. 14), S. 11.

<sup>19</sup> Ebd., S. 36.

drückten nur durch die Aufrechterhaltung der Kontakte zu Südafrika verbessern lassen, zweitens verschlimmere ein Boykott nur die Situation der leidenden Bevölkerung. Erst nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze reagierte die EU etwas resoluter und griff zu positiven und restriktiven Maßnahmen. Zu den positiven gehörten ein verbesserter Verhaltenskodex und die Unterstützung für nicht militante Anti-Apartheid-Organisationen, zu den negativen unter anderem ein strikter Waffenboykott und die Ablehnung der Zusammenarbeit auf den Gebieten von Kultur, Sport und Wissenschaft. Zu diesen Maßnahmen kam es gegen das Votum einer Gruppe von Mitgliedsstaaten, die robustere Sanktionen forderten, darunter Dänemark, die Niederlande, Irland und Frankreich.<sup>20</sup> Auch ein Jahr später, als die EU aufgrund des Einmarsches südafrikanischer Truppen in Botswana, Sambia und Simbabwe einige Wirtschaftssanktionen erließ – so etwa ein Embargo von Eisen- und Stahlimporten – konnten die standfestesten Sanktionsopponenten, allen voran die Bundesrepublik und Großbritannien, weitergehende Maßnahmen wie etwa einen Boykott von Kohleimporten verhindern.<sup>21</sup>

### 3. Die Anti-Apartheid-Bewegung als transnationale Bewegung

Als eine, um mit Benedict Anderson zu sprechen,<sup>22</sup> *„imagined community of solidarity activists“* ist die Anti-Apartheid-Bewegung ein herausragendes Beispiel für die Beantwortung der Frage, inwieweit neue soziale Bewegungen als Akteure einer partizipatorischen politischen Kultur eine Internationalisierung der europäischen Gesellschaften vorangetrieben haben. Die Auseinandersetzung mit der Anti-Apartheid-Bewegung kann auch das Deutungsmuster einer „Amerikanisierung“ Europas relativieren, indem die auf globale Probleme bezogenen transnationalen Kontakte innerhalb Europas

---

<sup>20</sup> Wenzel, Südafrika-Politik (wie Anm. 17), S. 100.

<sup>21</sup> Ebd., S. 103.

<sup>22</sup> Thörn, Anti-Apartheid (wie Anm. 7), S. 193.

und auf globaler Ebene herausgearbeitet werden. Anti-Apartheid-Bewegungen setzten nicht nur ein globales Thema auf die nationale Agenda, sie knüpften auch transnationale Netzwerke von unten.<sup>23</sup> Anfangs operierten sie hauptsächlich mit Flugblättern und Straßenkampagnen, am Ende standen ihnen die großen Medien offen: Initiiert von der mit der britischen Anti-Apartheid-Bewegung verbundenen Künstlervereinigung *Artists Against Racism* zog das *Nelson Mandela 70th Birthday Tribute Concert* im Wembley Stadion am 11. Juni 1988 nicht nur 72.000 Besucher an, sondern es verfolgten die Show darüber hinaus mehr als eine Milliarde Menschen in mehr als 60 Ländern live am Fernsehschirm.<sup>24</sup>

In vielen Ländern wurden Anti-Apartheid-Bewegungen schon in den späten 1950er Jahren gegründet und erlebten einen zweiten Schub in den späten 1960er Jahren mit der Studentenbewegung und ihren Nachfolgegruppen. Der entscheidende Faktor für den Erfolg der Anti-Apartheid-Bewegungen, ihr Einfluss auf Parteien, Unternehmen und den Staat, bestand in der Forderung, den von allen akzeptierten Menschenrechten, wie sie von den Vereinten Nationen repräsentiert wurden, zum Durchbruch zu verhelfen – in diesem Falle der „globalen Norm der Rassengleichheit“.<sup>25</sup> Sie gehörten zu den nicht allzu zahlreichen neuen sozialen Bewegungen, die die Menschenrechte – bis dahin zumeist nicht mehr als papierne Bekenntnisse von Regierungen oder internationalen Institutionen – zum Gegenstand politischer Kampagnen machten.<sup>26</sup> Die kritischen

---

<sup>23</sup> David L. Hostetter, *Movement Matters: American Antiapartheid Activism and the Rise of Multicultural Politics*, New York / London 2006.

<sup>24</sup> Christian Lahusen, *The Rhetoric of Moral Protest: Public Campaigns, Celebrity Endorsement and Political Mobilization*, Berlin / New York 1996, S. 100 ff. Zum Rahmen: Rob Nixon, *Homelands, Harlem and Hollywood: South African Culture and the World Beyond*, New York / London 1994.

<sup>25</sup> Audie Klotz, *Norms in International Relations: The Struggle Against Apartheid*, Ithaca 1995.

<sup>26</sup> Jan Eckel, *Utopie der Moral, Kalkül der Macht. Menschenrechte in der globalen Politik seit 1945*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 49 (2009), S. 437–484; Michael Cotey Morgan, *The Seventies and the Rebirth of Human Rights*, in: Niall Ferguson u. a. (Hg.), *The Shock of the Global: The 1970s in Perspective*, Cambridge /

Ereignisse, die diesen Protesten Gehör verschafften, waren das Massaker von Sharpville 1960, der Soweto-Aufstand von 1976 und die Ermordung Steve Bikos 1977.

Der Einfluss der Anti-Apartheid-Bewegungen war nicht nur ihrem Charakter als „*human rights advocacy network*“ (Håkan Thörn) geschuldet, sondern insbesondere auch der Tatsache, dass sie große Massen von Menschen mobilisierten. Dadurch wurden nicht nur Politiker und Wirtschaftsmanager unter Druck gesetzt, sondern, was vielleicht wichtiger war, Bewusstseinsprozesse bei den Bürgern Europas vorangetrieben, die das „reflexive“ Selbstbild der modernen Gesellschaft verstärkten. Auch trugen sie erheblich zur „politischen Globalisierung von unten“<sup>27</sup> bei – ein zeitgeschichtliches Beispiel für die Tatsache, dass der jüngste Globalisierungsschub nie nur durch multinationale Konzerne oder supranationale Institutionen verstärkt wurde, sondern auch durch bürgerschaftliches Engagement.

Von enormer Bedeutung für die Entstehung der frühen Anti-Apartheid-Bewegungen waren die Südafrika-Erfahrungen ehemaliger Priester. Viele der frühen Initiativen in Europa wurden von ihnen und anderen kirchlichen Aktivisten ins Leben gerufen. So kamen etwa die Initiatoren der 1974 im europäischen Vergleich eher spät ins Leben gerufenen westdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung nicht aus der Studentenbewegung, sondern es handelte sich um junge Pastoren, die nach einigen Dienstjahren in Südafrika in ihre Heimat zurückgekehrt waren und dort ihre praktischen Erfahrungen mit der Apartheid in Politik übersetzten.<sup>28</sup> Wie ihre Kollegen in anderen Ländern verfügten sie von Beginn an über internationale Erfahrungs-

---

London 2010, S. 237–250; Roland Burke, *Decolonization and the Evolution of International Human Rights*, Philadelphia 2010.

<sup>27</sup> Thörn, *Anti-Apartheid* (wie Anm. 7), S. 48.

<sup>28</sup> Jürgen Bacia / Dorothee Leidig, „Kauft keine Früchte aus Südafrika!“ Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung, Frankfurt am Main 2008, S. 19 ff.; Gunther J. Hermann, *Apartheid als ökumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirche im Südafrikakonflikt*, Frankfurt am Main 2006, S. 21 ff.; Björn Ryman, *Nordic Churches and the Struggle against Apartheid*, in: Katharina Kunter / Jens Holger Schjørring (Hg.), *Changing Relations between Churches in Europe and Africa. The Internationalization of Christianity and Politics in the 20th Century*, Wiesbaden 2008, S. 153–162.

gen, was von Bedeutung war für das grenzüberschreitende Networking durch Kontakte *erstens* zu anderen nationalen Anti-Apartheid-Bewegungen, *zweitens* zu politischen Aktivisten aus Südafrika, die im europäischen Exil lebten und zum Teil als Repräsentanten des ANC nationale Büros in verschiedenen europäischen Ländern unterhielten (mit Hauptsitz in London), sowie *drittens* zu den Vereinten Nationen und insbesondere zu deren *Special Committee Against Apartheid*. Auch aus anderen Gründen war gerade der Kontakt nach Großbritannien bedeutend: Die britische Anti-Apartheid-Bewegung, die älteste, größte und einflussreichste nationale Sektion in Europa, hatte 1990 insgesamt 184 Ortsgruppen und spielte eine zentrale Rolle bei der Koordinierung transnationaler Anti-Apartheid-Kontakte. In diesem Jahr pflegte sie Beziehungen zu Anti-Apartheid-Organisationen in 37 Ländern.<sup>29</sup>

#### 4. Menschenrechtspolitik als Konsumpolitik

Als sich im Laufe der 1950er Jahre in allen europäischen Ländern der Nachkriegsboom entfaltete, konnten immer mehr Bürger über das Lebensnotwendige hinaus Waren und Dienstleistungen konsumieren. Im Laufe der 1960er Jahre wurde immer deutlicher, dass die Verbraucher (im Gegensatz zu den Interpretationen konservativer Kulturkritiker und der dann bevorzugten linken Interpretation durch die Frankfurter Schule) mehr waren als passive Objekte kulturindustrieller Manipulationen. Im Gegenteil, der Erfolg der in den 1960er Jahren in allen europäischen Ländern gegründeten Verbraucherzeitschriften verwies auf einen wachsenden Bedarf an Beratung, aber auch auf ein neues Selbstbewusstsein der Konsumenten.<sup>30</sup> Konsumenteninitiativen von unten, die in den 1970er Jahren

---

<sup>29</sup> Thörn, *Anti-Apartheid* (wie Anm. 7), S. 5. Vgl. Roger Fieldhouse, *Anti-Apartheid: A History of the Movement in Britain: A Study in Pressure Group Politics*, London 2005.

<sup>30</sup> Vgl. Detlef Siegfried, *Der Konsument als Bürger. Europäische Reaktionen auf den Massenkonsum nach 1945*, in: Arnd Bauerkämper / Hartmut Kaelble (Hg.), *Gesellschaft in der europäischen Integration seit den 1950er Jahren. Migration –*

den Höhepunkt ihres Einflusses erreichten, zeigten, dass die Europäer (in unterschiedlichen, oft nationalspezifischen Formen) in wachsendem Maße kritisch konsumierten und die Berücksichtigung ihrer Interessen auf politischer Ebene verlangten. In der politischen Debatte um die Eingriffsmöglichkeiten des Konsumenten war die linksliberal oder alternativ geprägte Konsumkritik im Vorteil. Denn während die konservative Variante hauptsächlich normativ auf die Konsumgesellschaft reagierte und den Verbraucher erziehen wollte, setzte die modernere Variante auf Information, Mitbestimmung und Kontrolle der Industrie. Hier entstand ebenfalls eine Art soziale Bewegung, die weniger stark politisch konturiert war, aber mit Zielen wie „*fair trade*“ und Methoden wie dem Boykott von Früchten aus Chile oder Südafrika den Boden bereitete für das politisch besonders einflussreiche Prinzip des ethisch reflektierten Wirtschaftshandelns der 1970er und 1980er Jahre.<sup>31</sup> Am Beginn der letzten Welle der Globalisierung reagierten Konsumenten auf diese Weise auf die wachsende Bedeutung transkontinentaler Wirtschaftsbeziehungen. Indem sie den Konsumenten als politisch handelndes Individuum verstand, unterschied sich diese Position von den frühen Verbraucherschutzinitiativen, die den Konsumenten als *homo oeconomicus* sahen, also als allein den eigenen Nutzen kalkulierendes Wesen, das zum vernünftigeren wirtschaftlichen Handeln befähigt werden sollte. Der US-amerikanische Vorkämpfer der Verbraucherinitiativen, Ralph Nader, propagierte hingegen direkte Aktionen der Verbraucher gegen die Industrie als „*new form of citizenship*“,

---

Konsum – Sozialpolitik – Repräsentationen, Stuttgart 2012, S. 109–122.

<sup>31</sup> Vgl. Robert Harrison / Terry Newholm / Deidre Shaw, *The Ethical Consumer*, London 2005; Alex Nicholls / Charlotte Opal, *Fair Trade: Market-Driven Ethical Consumption*, London 2005. Allgemein zu den politischen Aspekten des Massenkonsums vgl. Hartmut Berghoff (Hg.), *Konsumpolitik. Die Regulierung des privaten Verbrauchs im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Martin Daunton / Matthew Hilton (Hg.), *The Politics of Consumption: Material Culture and Citizenship in Europe and America*, Oxford / New York 2001; Matthew Hilton, *Consumerism in Twentieth-Century Britain: The Search for a Historical Movement*, Cambridge 2003.

als neue Form bürgerlicher Partizipation.<sup>32</sup> Während in vielen europäischen Ländern die Konsumentenbewegung am Ende der 1970er Jahre einen Niedergang erlebte (speziell in ihren Hochburgen Großbritannien und Frankreich), blieb eines ihrer wichtigsten Instrumente, der gezielte Konsum und Boykott bestimmter Waren, innerhalb der Umweltschutzbewegung lebendig, wo ökologisch reflektierter Konsum eine wichtige Rolle spielte. Zugleich kam beiden Aktionsformen bei Solidaritätsbewegungen zum Zwecke der Unterstützung oder Zurückweisung bestimmter politischer Systeme oder Bewegungen eine besondere Bedeutung zu. Wie präsent hier das Selbstbewusstsein der eine „*new form of citizenship*“ ausübenden Konsumenten war, illustriert die Tatsache, dass die britische Anti-Apartheid-Bewegung ihre Boykottaktionen „*people's sanctions*“ nannte.<sup>33</sup> Dies verweist nicht nur auf ein gestiegenes politisches Bewusstsein, materialisiert in der Alltagspraxis konsumtiven Handelns, sondern bereitete auch den Boden für jenen „neuen Geist des Kapitalismus“, in dem ethische Kriterien wie politisch und ökologisch verantwortliche Produktion immer wichtiger wurden. Der Boykott südafrikanischer Produkte ebnete den Weg für diese Entwicklung – Jahre bevor die Diktatur in Chile mit demselben Phänomen zu kämpfen hatte. Als „*fair-trade*“-Produkte in die Supermärkte kamen, war dies nicht nur auf Preissenkungen zurückzuführen, sondern auch auf eine erhöhte Sensibilität gegenüber den Umständen ihrer Herstellung. Neben seinem politischen Mobilisierungsaspekt hat Boykott also den (nicht immer erwünschten) Nebeneffekt, die moralische Legitimität kapitalistischer Produktion zu verbessern.

Die Boykottkampagne gegen südafrikanische Produkte wurde 1958 durch die *All African People's Conference* angestoßen, unterstützt vom ANC. Die erste europäische Boykottaktion initiierte die niederländische Anti-Apartheid-Bewegung – sie richtete sich

---

<sup>32</sup> Gerhard Selter, *Idee und Organisation des Konsumerismus. Eine empirische Untersuchung der Konsumerismusbewegung in den USA*, in: *Soziale Welt*, 24 (1973), 2, S. 185–205, hier S. 195.

<sup>33</sup> Zit. n. Thörn, *Anti-Apartheid* (wie Anm. 7), S. 61.

gegen Orangen der Marke Outspan.<sup>34</sup> Auch in Dänemark spielte der Boykott südafrikanischer Produkte eine wichtige Rolle. Als die dortige Anti-Apartheid-Bewegung 1960 entstand, traf sie auf großen Widerhall in der dänischen Gesellschaft, nicht zuletzt wegen der noch lebendigen Erinnerung an die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs. Christopher Munte Morgenstjerne, der 2003 die wichtigste Darstellung über die dänischen Reaktionen auf die Apartheid vorlegte, schreibt: „Irrespective of their political background, the Apartheid society, built on formalised racial differentiation and the power of the security forces, reminded the Danes of the German Nazi occupation of Denmark, only 15 years earlier.“<sup>35</sup> Wie in Schweden betrachteten auch die führenden dänischen Sozialdemokraten die afrikanischen Befreiungsbewegungen nicht in erster Linie als kommunistisch (wie viele andere europäische Führer es taten), sondern als nationalistisch. Nur wegen ihres Bedarfs an internationaler Unterstützung hätten sie sich mit der Sowjetunion, manchmal auch mit China, verbündet. Dies ist ein weiterer Grund, warum viele Dänen die Anti-Apartheid-Opposition innerhalb Südafrikas mit ihrem eigenen Widerstand gegen die deutsche Besatzung in eins setzten: In beiden Fällen handelte es sich aus ihrer Sicht um die koloniale Unterdrückung einer autochthonen Bevölkerung. Die Tatsache, dass Kommunisten innerhalb des ANC aktiv waren, diskreditierte die Bewegung nicht – so war es schließlich auch im dänischen Widerstand gewesen. Als Kuba Truppen zur Unterstützung der neuen MPLA-Regierung in Angola schickte sah der dänische Außenminister K. B. Anderson darin eine Parallele zur Entsendung alliierter Truppen nach Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.<sup>36</sup>

---

<sup>34</sup> Petra J.M. Overdeest, *Holland Against Apartheid: The Dutch Influence on the European Communities' Anti-Apartheid Policy Towards South Africa*, Final Paper, University of Amsterdam 1995.

<sup>35</sup> Christopher Munte Morgenstjerne, *Denmark and National Liberation in Southern Africa: A Flexible Response*, Uppsala 2003, S. 19.

<sup>36</sup> Ebd., S. 96.



Vor dem Hintergrund der spezifischen politischen Kultur des Landes sowie der Erfahrung der Massenkonsumgesellschaft entwickelte die dänische Boykottbewegung in den 1960er Jahren erhebliche Durchschlagskraft. Kurz nachdem die Gewerkschaften im Januar 1960 zum Boykott aufgerufen hatten, beugten sich die großen Supermarktketten Brugsen und Irma. Auch ein späterer Boykottaufruf des *Danish Youth Council* (DUF) war ein Erfolg: Ihm schlossen sich 100 der 179 Mitglieder des dänischen Parlaments an.<sup>37</sup> Einer neuen Kampagne der dänischen Sektion des *Programme to Combat Racism*, initiiert vom Weltkirchenrat, beugten sich Mitte der 1970er Jahre erneut die großen Supermarktketten, während Appelle an die dänische Wirtschaft, ihre Kontakte nach Südafrika abzubrechen, wenig Resonanz fanden.<sup>38</sup> 1985, nach Notstandsgesetzen, Gewalteskalation und zunehmender Repression in Südafrika, nahm der Druck erheblich zu, als eine militante Aktion gegen das südafrikanische Konsulat in Kopenhagen, ein landesweiter Boykott von Lego-Steinen in den dänischen Kindergärten und bei Spielwarenhändlern sowie ein Gewerkschaftsboykott aller südafrikanischen Importe den Boden für eine wichtige politische Entscheidung bereiteten. Nach einer gemeinsamen Erklärung der nordischen Länder, die sich für effektive und verpflichtende Sanktionen ausgesprochen hatten, ging das dänische Parlament noch einen Schritt weiter und beschloss im Mai 1986 gegen die Stimmen der Regierungsparteien ein vollständiges Handelsverbot mit Südafrika. Damit war Dänemark über alle Resolutionen der UN, der EU und der nordischen Länder hinausgegangen.

## Fazit

Diese knappe Skizze einiger ausgewählter Aspekte der Reaktionen westeuropäischer Gesellschaften auf das südafrikanische Apart-

---

<sup>37</sup> Ebd., S. 24.

<sup>38</sup> Vgl. Kirkernes Race Program, Bricks to Apartheid. Denmark's Economic Links with South Africa, Aarhus 1987.

heidsystem deutet den beträchtlichen Erkenntniswert dieses paradigmatischen Themas für die Geschichte der Globalisierung Westeuropas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an. Gerade weil globale Interdependenzen immer wichtiger wurden, können über den Fokus der Anti-Apartheid-Aktivitäten Funktionsmechanismen „post-industrieller“ Gesellschaften vergleichend untersucht werden. Weitere Teilaspekte könnten das Bild ausdifferenzieren und zugleich ein breiteres Spektrum an Dimensionen der Globalisierung aufzeichnen: die Rolle der Kirchen bei der Etablierung einer globalen Verantwortungsethik, der Ferntourismus als PR-Instrument und Herausforderung bei der individuellen Handhabung komplexer Wirklichkeiten, die Resonanz der propagandistischen Bemühungen des Apartheid-Regimes in Europa, das Verhältnis von Antirassismus und Antisemitismus am Beispiel jüdischer Anti-Apartheid-Aktivisten, der Protest gegen die Apartheid als Teil der Massenkultur insbesondere in der Musik bis hin zum globalen Medienevent.

Gleichzeitig bleiben manche offenen Fragen. Einige von ihnen betreffen die dunkle Seite der Aufklärung, etwa die problematischen Nebeneffekte antirassistischer Bewegungen. Inwieweit entsprang das Interesse junger politischer Aktivisten für unterdrückte Schwarze weniger altruistischen Haltungen als einem zeitspezifischen Selbstdeutungsbedarf? Und inwieweit reproduzierten derartige Differenzkonstruktionen das ältere Stereotyp des „edlen Wilden“, also eines idealisierten Anderen, der vor allem dazu dient, die kulturellen und politischen Sehnsüchte weißer Europäer zu legitimieren?